

Koalitionskrise: FPÖ und ÖVP vor historischer Einigung?

Regierungsverhandlungen in Wien ziehen sich nach den Wahlen 2024 hin. FPÖ und ÖVP könnten erstmals eine blau-schwarze Koalition bilden.

Vienna, Österreich - Im politischen Österreich gibt es derzeit massive Turbulenzen im Hinblick auf die Regierungsbildung. Nach dem Scheitern der Verhandlungen für eine schwarz-rot-pinke Dreierkoalition am 3. Januar, haben die NEOS den Verhandlungsprozess abgebrochen, was dazu führte, dass auch ÖVP-Chef und Ex-Kanzler Karl Nehammer die Gespräche zwischen ÖVP und SPÖ umgehend abbrach. Seit dem 10. Januar bemühen sich nun die Wahlsiegerin FPÖ und die ÖVP um eine Koalition, was bei erfolgreichem Abschluss zur ersten blau-schwarzen Regierung führen könnte. Doch die Verhandlungen sind weiterhin von Differenzen geprägt; die Möglichkeit einer Einigung bleibt ungewiss. Die Dauer der Regierungsbildung hat bereits Rekordmaße angenommen und steht nun an zweiter Stelle in der Geschichte, nach der langen Regierungsbildung von 1962.

Die SPÖ, vertreten von ihrem Vorsitzenden Andreas Babler, hat ihre Position in den laufenden Verhandlungen klar umrissen. Die Partei strebt eine breitere Koalition mit ÖVP und NEOS an, um die drängenden Herausforderungen des Landes anzugehen, vor allem in den Bereichen Teuerung, Migration, Gesundheit und Klima. Babler betont die Notwendigkeit, ein solides Budget zu erstellen, insbesondere angesichts des enormen Budgetlochs von 20 Milliarden Euro, das laut den letzten Regierungen hinterlassen wurde. Um den EU-Vorgaben zu entsprechen, muss

das neue Regierungsteam im ersten Jahr ein Defizit von 4,5 Milliarden Euro senken und bis 2028 auf unter 5 Milliarden Euro reduzieren.

Sparmaßnahmen und Finanzierungsstrategien

Die SPÖ fordert kluge Einsparungen und eine gerechte Verteilung der finanziellen Lasten. Besonders betont wird, dass starke Schultern mehr tragen müssen, um das Defizit zu bewältigen – eine Maßnahme, die bereits von verschiedenen politischen Vertretern, einschließlich des Präsidenten des Fiskalrats, unterstützt wird. So wird argumentiert, dass das bestehende Finanzsystem überdacht und neue Einnahmequellen erschlossen werden müssen. Babler hat deutlich gemacht, dass Einsparmaßnahmen nicht auf Kosten der breiten Masse erfolgen dürfen; stattdessen setzt die SPÖ auf konstruktive Lösungen und die Schaffung einer stabilen finanziellen Basis, um Österreich zukunftsfähig zu machen, wie auch [spoe.at](https://www.spo.e.at) berichtete.

Details	
Vorfall	Regierungsbildung
Ort	Vienna, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.vienna.at• www.spo.e.at

Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)